

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 14.04.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:33 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino
Frau Tanja Orlowski
Herr Stephan Richter
Herr Michael Weber
Herr Ralf Wiedemann

SPD

Frau Carina Brodehl
Herr Markus Kollmeier
Frau Lisa Marie Krätschmer
Frau Regine Weißenfeld

als Vertreterin für Herrn Fluhme
bis 19:27 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lars Bauerdick
Herr Joachim Hood
Frau Claudia Schmidt

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier
Herr Dr. Dirk Schmitz

FDP

Herr Linus Runge

Beratende Mitglieder

Herr Özgür Aydin Psychiatriebeirat bis 19.25 Uhr

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Bernd Schatschneider

Verwaltung

Herr Hendrik Arend	Amt für soziale Leistungen – Sozialamt	zu TOP 8
Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung	
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	
Herr Lukas Herrmann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt	zu TOP 8
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt	
Frau Inken Linneweber	Büro für Sozialplanung	zu TOP 10
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent	
Herr Marco Nitschke	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	zu TOP 9
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5	
Frau Lea Schürstaedt	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	zu TOP 10
Herr Sören Wiebusch	Stab Dez. 5	

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
------------------------	--

.

Gäste

Frau Bormann	Freiwilligenagentur Bielefeld e.V.	zu TOP 6
Herr Dräger	Agentur für Arbeit Bielefeld	
Herr Wittler	REGEmbH	
Frau Hopster	AGW	
Frau Wälter	Freiwilligenagentur Bielefeld e.V.	zu TOP 6

.

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Beier begrüßt die Anwesenden zur 2. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Sitzungsunterlagen stünden im Informationssystem zur Verfügung.

Zur **Tagesordnung** teilt Vorsitzende Frau Beier mit, dass die Antwort **zu TOP 3.1** „Sachstand zur Umsetzung inklusiver und barrierefreier Strukturen im Gesundheitswesen in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.04.2026)“ mit der **Drs.-Nr. 1039/2025-2030** komplex und vielschichtig sei, so dass die Verwaltung sie erst in der nächsten Sitzung am 12. Mai beantworten werde.

Für **TOP 5** „Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE - 2. Lesung (Nachtragsvorlage)“ mit der **Drs.-Nr. 0572/2025-2030/1** beantragt Her Copertino eine weitere Lesung, da seitens seiner Fraktion nunmehr Beratungsbedarf bestehe.

Ohne weitere Änderungswünsche erklären sich die Anwesenden mit der geänderten Tagesordnung einverstanden.

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 1. konstituierende Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 03.03.2026

Beschluss:

Die Niederschrift über die 1. Konstituierende Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 03.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Schuldnerberatung – Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2026

- Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Sachstand zur Umsetzung inklusiver und barrierefreier Strukturen im Gesundheitswesen in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1039/2025-2030

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.05.2026 beantwortet.

- vertagt -

Zu Punkt 4 Anträge

Es sind keine Anträge zur Sitzung eingegangen.

Zu Punkt 5 Finanzierung, Weiterentwicklung und Verstetigung von Projekten der REGE - 2. Lesung (Nachtragsvorlage)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0572/2025-2030/1

Vorsitzende Frau Beier eröffnet unter Hinweis auf die beantragte weitere Lesung die Aussprache.

Herr Hood teilt mit, dass er schriftliche Fragen zur Vorlage eingereicht habe. Deren Beantwortung solle dem Sozial- und Gesundheitsausschuss mit der Niederschrift **zur Kenntnis** gegeben werden.

Einschub:

Fragen zur Vorlage 0572/2025-2030/1 (Nachtragsvorlage) und Antworten der Verwaltung:

Ernährungsbildung an Kitas (Einstellung zum 30.09.2026):

Frage:

- Welche Beträge sind in der Mittelfristplanung (ab 2028 ff) eingeplant, um abschätzen zu können, ob dieses eingesparte Geld für eine „dauerhafte“ Finanzierung der anderen Projekte dienen kann?

Antwort:

2027: 184.332

2028: 188.019

2029: 191.779

Die Mittel sind mit einer Dynamisierung von 2% eingeplant.

Teilhabechancengesetz § 16i SGB II

Frage:

- Werden die 27 Stellen bei der Stadt Bielefeld mit Zuschuss (**87.750 €**) nach und nach wegfallen oder werden diese Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen verstetigt, um die „sehr attraktive Förderung“ weiterhin nutzen zu können? **In diesem Fall würden die benötigten Mittel nur verschoben und werden nicht eingespart?**

Antwort:

Die Verwaltung ist weiterhin daran interessiert, 16i-Stellen einzusetzen.

Aktuell besteht eher das Problem, geeignete Kräfte zu finden.

(Die Zuschüsse an die jeweiligen Organisationseinheiten fallen dann weg und führen zu Mindereinnahmen in den jeweiligen Ämtern und ggf. zu Haushaltsverschlechterungen in deren HH-Planungen, wenn die Einnahmen bereits eingeplant waren.)

Frage:

- In der Tabelle der eingesparten Mittel werden Planzahlen dargestellt. Für 2026 werden jedoch 122 tatsächliche Stellen (incl. 27 kommunale Förderungen) dargestellt. Dies hätte zu den Planzahlen eine Veränderung wie folgt: $95 \text{ Stellen} * 4.250 \text{ €}$ und $27 * 3.250 \text{ €} = 403.750 \text{ €}$ + $87.750 \text{ €} = \mathbf{491.500 \text{ €}}$. Dies hätte eine tatsächliche Entlastung des Haushaltes in 2026 von **58.500 €** zur Folge, da alle bestehenden Stellen weiter gefördert werden sollen.

Antwort:

Durch die Korrektur der aktuellen Zahlen (112 statt 138 zum Zeitpunkt der Ursprungsvorlage), ist klar geworden, dass sich die benötigten Mittel um 58.500 Euro reduzieren. Diese Reduktion ist eine zusätzliche Einsparung, weil bereits mehr Stellen ausgelaufen sind als geplant. Das kann zum Beispiel daran liegen, dass jemand gekündigt hat oder ein befristeter Arbeitsvertrag nicht verlängert wurde.

Frage:

Wie kommt die Verwaltung in 2026 auf eine Einsparsumme von 300.000 €, da neu dargestellt wird, dass die KdU-Einsparung bei der Stadt nur ca. 90.000 € bedeutet?

Antwort:

Die Einsparungen von 300.000 Euro beziehen sich auf gesparte Mittel im Förderprogramm. Wenn ab 01.05. keine neuen Förderungen mehr ausgesprochen werden, werden in diesem Jahr nur 550.000 Euro für die zusätzliche kommunale Förderung benötigt.

Und genau das ist ja der Punkt: Wir sparen schon 2026 300.000 Euro, obwohl unsere gesamte KdU-Ersparnis nur 90.000 Euro ist.

Wir sparen durch die 121 kommunal geförderten 16i-Stellen 90.000 Euro an KdU. Langfristig ist es natürlich so, dass durch das Wegfallen der zusätzlichen kommunalen Förderung einige 16i-Stellen wegfallen werden. Dann verringern sich die 90.000 Euro um etwa 744 Euro ($90.000 \text{ Euro} / 121 \text{ Stellen} = 744 \text{ € pro Stelle}$) pro Stelle.

Frage:

Wie setzt sich der jährliche Haushaltstitel „Teilhabechancengesetz“ von 850.000 € mit welchen Annahmen zusammen?

Antwort:

Der Haushaltstitel umfasst ausschließlich die Förderung der Träger im Rahmen des SGB II 16i.

Es könnten damit 200 Stellen (wenn diese nur bei Trägern geschaffen würden) gefördert werden.

Dem Antrag der CDU-Fraktion auf eine weitere Lesung wird gefolgt.

- 2. Lesung -

Zu Punkt 6

Freiwilligenagentur Bielefeld - Vorstellung und Jahresbericht

Vorsitzende Frau Beier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Richildis Wälter und Frau Friedje-Marie Bormann von der Freiwilligenagentur Bielefeld e.V. als Berichterstatterinnen.

Sie stellen die Arbeit des Vereins sowie den aktuellen Jahresbericht 2025 vor. Ihre Präsentation und der Jahresbericht werden im Informationssystem zur heutigen Sitzung öffentlich zur Verfügung gestellt unter **Anlage 1 zu TOP 6 und Anlage 2 zu TOP 6**.

Im Anschluss beantworten sie Fragen der Anwesenden. Verschiedene Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses bedanken sich für die in ihren Augen sehr wichtige Arbeit der Freiwilligenagentur für die Stadtgesellschaft Bielefeld.

Zur Abgrenzung der Freiwilligenagentur Bielefeld e.V. von der Freiwilligenakademie OWL des AWO Bezirksverbandes verweist Frau Wälter auf den räumlichen Wirkungskreis: die Freiwilligenagentur Bielefeld e.V. kümmere sich ausschließlich um Beratung und Vermittlung von Engagierten aus dem und im Stadtgebiet.

Frau Hopster ergänzt hierzu, dass die Freiwilligenakademie OWL einen größeren Aufgabenbereich habe als den, der bisher über LuF-Vereinbarungen mit der Stadt Bielefeld abgebildet wurde. Dieser kleine Teil werde jetzt an die Freiwilligenagentur Bielefeld e.V. übertragen. Aufgabe der Freiwilligenakademie OWL sei im Wesentlichen die Vermittlung in die unterschiedlichsten AWO-eigenen Einrichtungen in OWL, so wie das die Ehrenamtsbörse Bethel für deren Einrichtungen mache. Außerdem unterstütze die Freiwilligenakademie OWL den Mitgliederverband der AWO. Bei weiterem Interesse zu dem Thema könne Frau Jessica Winkler in den Ausschuss eingeladen werden.

Zu Punkt 7

Schulische Assistenzhilfen: Umsetzung eines systemischen Ansatzes an der Teutoburger Wald Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1027/2025-2030

Frau Krutwage führt in die Thematik ein und verweist auf die steigende Zahl von Kindern mit Unterstützungsbedarf an schulischer Assistenzleistung. Die Neugründung der Teutoburger Wald Schule biete nun die Möglichkeit, etwas Neues auszuprobieren und eine feste Anzahl an Schulassistenten pro Klasse vorzusehen, die sich bestenfalls in ein multiprofessionelles Team einbrächten. Die Erfahrungen mit diesem Modellprojekt würden für die Weiterentwicklung des Systems der Schulbegleitungen genutzt werden.

Anschließend beantwortet Frau Krutwage Fragen der Anwesenden. Dabei geht sie auf die positiven Erfahrungen aus dem Jahr 2022 ein, als ukrainische Kinder mit Unterstützungsbedarf in Bielefeld aufgenommen und mit festen Assistenzkräften eines Trägers in der Mamre-Patmos-Schule unterrichtet wurden.

Herr Hood bittet um eine Mitteilung an den Sozial- und Gesundheitsausschuss nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens, welcher Träger die Aufgabe dann übernimmt.

Zahlreiche Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschuss begrüßen das Modellprojekt. Herr Nürnberger weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die von ihm voll unterstützte vorgestellte systemische Lösung des Modellprojektes eine Lösung außerhalb des Schulsystems sei. Hier seien die Kommunen die Ausfallbürgen für das Förderschulsystem, das nicht leistungsfähig genug sei, um die Unterstützungsbedarfe beim Schulbesuch selbst zu decken.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 1027/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 8

Angebote der (dauerhaften) Wohnungsversorgung für wohnungslose Menschen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1045/2025-2030

Vorsitzende Frau Beier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Hendrik Arend und Herrn Lukas Herrmann als Berichterstatter.

Sie stellen die Handlungsfelder der Wohnungslosenhilfe in Bielefeld vor. Ihre Präsentation ist im Informationssystem zur heutigen Sitzung öffentlich zur Verfügung gestellt unter den **Anlage 3 zu TOP 8**.

Herr Arend erläutert den Übergang von ordnungsrechtlich beschlagnahmtem Wohnraum in gesicherte Mietverhältnisse. Dazu wurde 2009 das Projekt „Besser ist Wohnen“ zusammen mit der BGW initiiert. Jedoch bevorzugten Vermieter zunehmend das Sozialamt als Kooperations- und Vertragspartner im Sinne einer sichereren Alternative. Auch um hier gegenzusteuern, werde als sogenanntes „Kümmerer“-Projekt das Angebot „Zukunft schaffen durch Wohnen“ seit Dezember 2019 vorgehalten. Herr Hermann stellt hierzu die Schritte der Wohnraumakquise und Beratung ausführlich dar und gibt Beispiele aus der Praxis. Herr Arend macht unter Hinweis auf die Informationsvorlage Ausführungen zu weiteren Angeboten der Wohnungslosehilfe in anderer Trägerschaft. So gebe es in Bielefeld aktuell 8 Wohnungen, die aus Landesmitteln nach dem Ansatz „Housing First“ gefördert würden, 2 weitere seien geplant. Insgesamt gebe es in Bielefeld ein gut aufgestelltes Hilfesystem mit verschiedenen Angeboten der freien Träger und dem sehr breiten Angebot der Stadt Bielefeld für unterschiedliche Zielgruppen (Frauen, Männer, Familien, ...). Seit 2018 gebe es das Netzwerk Wohnungslosenhilfe mit regelmäßigem Austausch und dem Ziel, die Wohnungslosenhilfe weiterzuentwickeln.

Mehrere Ausschussmitglieder äußern sich positiv zum vorhandenen Hilfesystem, danken den Beteiligten für ihre gute Arbeit und betonen die Notwendigkeit der Weiterentwicklung gerade unter der Herausforderung des knappen Wohnraumangebotes.

Auf die Nachfrage von Herr Hood meint Herr Arend, dass nach seiner Einschätzung nicht jede Klient*in für die Teilnahme am Housing-First geeignet sei, und dass teilweise eine sehr enge Begleitung erforderlich sei. Das Projekt stelle einen wichtigen Baustein im Angebot da, dessen Förderung den freien Trägern und nicht der Stadt Bielefeld selbst zur Verfügung stehe.

Herrn Sander informiert Herr Arend darüber, dass es im Sozialamt die Wohnberatung der Zentralen Beratungsstelle für Senior*innen und Menschen mit Behinderung gebe.

Auf Frau Brodehls Fragen antwortet Herr Arend, dass die Regelangebote auch für Menschen über 65 Jahre zur Verfügung stünden. Das Perthes-Haus habe weitergehende Aufnahmekriterien, nämlich mindestens eine Pflegestufe. Bei Hilfen nach § 67 SGB XII sei der LWL nur bis zum 65. Lebensjahr Kostenträger, danach sei es die Stadt Bielefeld.

Die Frage, wie es mit dem Projekt „Zukunft schaffen durch Wohnen“ nach dem Ende des ESF-Förderzeitraumes weitergehe, könne derzeit nicht beantwortet werden, eine Verstetigung dieser in ihren Augen erfolgreichen Arbeit sei jedoch unbedingt wünschenswert.

Abschließend beantworten Herr Arend und Herr Herrmann Fragen von Herrn Richter zu Doppelstrukturen und von Frau Schmidt zur Sensibilisierung der Stadtgesellschaft.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 1045/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 9

Zwischenstand Projekt "Psychisch krank im Alter" - mündlicher Bericht

Vorsitzende Frau Beier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Marco Nitschke und Frau Veriana Theus als Berichterstatter. Sie berichten über das Projekt "Psychisch krank im Alter". Ihre Präsentation ist im Informationssystem zur heutigen Sitzung öffentlich zur Verfügung gestellt unter den **Anlage 4 zu TOP 9**.

Nach dem Vortrag fragt Herr Copertino unter Bezugnahme auf die Folie 3 der Präsentation nach einer Erklärung für die steigenden Zahlen der Zwangseinweisungen von über 60jährigen Menschen.

Herr Nitschke antwortet, dass die nicht nur ein Phänomen dieser Altersgruppe sei, sondern die Zahlen generell massiv angestiegen seien.

Ergänzung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes

*Die Folie 3 zeigt einen deutlichen Anstieg der Unterbringungen nach PsychKG NRW bei Klient*innen im Alter 60+. Bezogen auf alle Klient*innen des SPSP ist ein deutlicher Anstieg der Anträge auf Unterbringungen nach PsychKG NRW um ca. 80% zu verzeichnen. In den Jahren zwischen 2019 und 2022 bewegten sich die jährlichen Anträge auf einem Niveau von etwa 400 pro Jahr. 2025 waren es 704 Anträge.*

Frau Theus nennt als mögliche Gründe den Anstieg von psychischen Erkrankungen insgesamt sowie die demografische Entwicklung. Der Arbeitskreis „Bielefelder Kooperationserklärung“ habe sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl von Zwangsmaßnahmen zu verringern und stimme die Arbeit in diesem Bereich wirklich gut ab. Daher sei nicht davon auszugehen, dass die Steigerung aufgrund fehlerhafter Verfahren entstehe. Herr Nitschke verweist darauf, dass auch die Quoten der vorgeschriebenen richterlichen Bestätigung der Zwangsmaßnahmen von ca. 40 auf rd. 50 Prozent angestiegen seien. Das könne einerseits bedeuten, dass es mehr und schwerer erkrankte Menschen gebe oder andererseits, dass die Gesellschaft ängstlicher als früher auf Normabweichungen reagiere.

Herr Aydin ergänzt zu dem Thema, dass in der jüngsten Sitzung des Krisenbeirates Frau Dr. Berg vom EvKB vermutet habe, dass die Gesellschaft weniger Toleranz gegenüber besonders auffälligen Menschen zeige. Dadurch werde schneller und häufiger die Polizei gerufen und vehementer geklagt. Familiäre Strukturen, die Halt gäben, fehlten immer mehr. Weitere Faktoren könnten steigende Zahlen von demenziellen Erkrankungen und Intoxikation sein, die sich teilweise in gewalttätigem Verhalten äußerten.

Herr Copertino fragt weiter nach den Erfahrungen mit der Genesungsbegleitung und ob hierfür künftig Stellen bereitgestellt werden sollten. Derzeit ist der Projekt-Stellenanteil für Genesungsbegleitung

unbesetzt. Herr Nitschke sieht das Konzept grundsätzlich positiv, könne aber nach wenigen Monaten noch keine gesicherten Aussagen über die Wirkung machen.

Wichtig sei eine Vernetzung mit anderen Genesungsbegleitungen und eine gute Integration ins Team. Für die Restlaufzeit des Projektes wäre eine Besetzung mit zwei erfahrenen Genesungsbegleiter*innen wünschenswert.

Schließlich möchte Herr Copertino wissen, wovon die Wiederbelebung des AK Gerontopsychiatrie abhängig sei. Dazu liegen Herrn Nitschke aktuell keine Informationen vor. Vorsitzende Frau Beier teilt mit, dass die Informationen der Niederschrift beigelegt würden.

Ergänzung des Büros für Sozialplanung

*Der AK Gerontopsychiatrie besteht weiterhin. Aktuell wird im Rahmen des Arbeitsprozesses „Versorgung gerontopsychiatrischer Komplexfälle“ an einer Lösung für eine besonders schwer zu versorgende Personengruppe gearbeitet. Die Frage der Versorgung sogenannter gerontopsychiatrischer Komplexfälle ist in Bielefeld seit Langem Thema und wurde insbesondere in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege wiederholt angesprochen. Der Prozess nahm 2019 konkrete Gestalt an, als Bethel.regional Gesprächs- und Handlungsbedarf signalisierte. Es entstand ein Arbeitskreis aus Vertreter*innen von Bethel.regional, dem EvKB, dem Johanneswerk, dem Institut für Pflegewissenschaft und dem Büro für Sozialplanung. 2020 wurde ein Werkstattgespräch durchgeführt, in dem unter anderem die Merkmale der Personengruppe, inhaltliche Anforderungen an die Versorgung sowie Finanzierungsfragen diskutiert wurden. Die Corona-Pandemie ließ den Prozess zunächst einschlafen. 2024 wurde der Arbeitskreis reaktiviert - mit überwiegend denselben Institutionen, aber vielen neuen Personen, sodass sich die Gruppe zunächst neu finden musste. Im Jahr 2025 fand ein gemeinsamer Austausch mit dem MAGS statt. Dabei wurden das wachsende Versorgungsproblem sowie bislang erwogene und erprobte Lösungsansätze - die bisher leider wenig Erfolg zeigten - erörtert. Diskutiert wurden zudem Ansatzpunkte für eine Strategie, wie die Versorgung dieser Personengruppe in den kommenden Jahren verbessert und leistbar gemacht werden kann. Auf dieser Grundlage wird momentan innerhalb der Arbeitsgruppe an einem gemeinsamen Positionspapier gearbeitet.*

Abschließend ergänzt Frau Harmsen, dass die Fördermittel für das Projekt genutzt werden sollten, um genau diese besondere Zielgruppe zu erreichen und mit dem Hilfesystem in Kontakt zu bringen. Es stelle sich die Frage, was nach Ablauf des Projektes zum Jahresende geschehe. Ziel sei es nicht, das Projekt selbst weiter zu verlängern, weil auch schon viele Akteure in diesem Bereich tätig seien. Vielmehr solle der Blick auf die Zielgruppe geschärft werden, indem Erkenntnisse aus dem Projekt weitertransportiert würden. Unabhängig von diesem Projekt müsse aber wegen der generellen Fallzahlensteigerung grundsätzlich die personelle Ausstattung des sozialpsychiatrischen Dienstes beraten werden.

-.-.-

Zu Punkt 10 BielefeldKompass – das Portal für Begegnung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0889/2025-2030

Vorsitzende Frau Beier begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Inken Linneweber und Frau Lea Schürstaedt.

Sie stellen das Internet-Portal vor, das Anfang Mai veröffentlicht werden soll. Der Link hierzu: <https://www.bielefeld.de/bielefeldkompass>.

Herr Kollmeier, Herr Hood und Herr Runge thematisieren vorhandene andere Datenbanken. Es stelle sich die Frage, wie Doppelstrukturen vermieden werden und die verschiedenen Quellen integriert oder kombiniert werden könnten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an den Ausgangspunkt der Überarbeitung, den Internetauftritts BiSON. Daher läge der Fokus bislang auf Angeboten für Ältere. Unter der Überschrift „Begegnung und Gemeinschaft schaffen“ könnten nun in einem nächsten Schritt auch Angebote für jüngere Menschen und Familien aufgenommen werden. Dabei müsse das Portal aber übersichtlich und gut handhabbar bleiben. Frau Linneweber ergänzt, dass daher viel mit Verlinkung gearbeitet werde, auch um Dopplungen zu verhindern. Der Fokus des BielefeldKompass bleibe auf sozialen Angeboten und Prävention im Gesundheitsbereich in Abgrenzung zu z.B. inhaltlichen Informationen zu Hilfsangeboten. Im Gegensatz zum Veranstaltungsportal „Bielefeld jetzt“ dürften nur nicht-kommerzielle Angebote eingestellt werden und das sei auch für regelmäßig wiederkehrende Angebote möglich. Es handele sich um ein lernendes System, das sich weiterentwickeln werde.

Abschließend stellt Frau Linneweber das mehrstufige Verfahren zur Freischaltung vor. Im Spätsommer sollten erste Erfahrungen dokumentiert werden.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0889/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 11 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0432/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage Drs.-Nr. 0432/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

**Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Frau Krutwage greift den Beschluss zur Wohnungslosenhilfe aus der Sitzung am 03.03.2026 auf. Die gewünschte Bestandsaufnahme der in Bielefeld vorhandenen Angebote sei in der heutigen Sitzung gegeben worden. Nun stelle sich die Frage, welche Informationen weiter benötigt würden und ob eine Vorstellung des sog. „Kölner Modells“ im Ausschuss noch erfolgen solle, denn Bielefeld habe bereits vieles von dem, was im „Aktionsplan Köln“ aufgeführt werde, u.a. eine soziale Wohnraumagentur.

Sie halte im Zusammenhang mit der Wohnungslosenhilfe folgende Themen für offen und relevant für den Ausschuss:

Wie entwickeln sich die rechtlichen Rahmenbedingungen und welche Rolle spielt der Landesrahmenvertrag? Wie setzt sich die Finanzierung von Angeboten zusammen?

Herr Schmitz wünscht sich eine Konsolidierung der vorhandenen Angebote und die Vermeidung von Doppelstrukturen in der Wohnungslosenhilfe.

Ihr Ziel sei es, die Hilfen noch mehr zu den Personen zu bringen, die sie benötigten und dafür auch die Requirierung von Wohnraum weiter zu intensivieren. Die gute, präventive und die Menschen gut begleitende Arbeit der vielen unterschiedlichen Bausteine der Wohnungslosenhilfe solle weitergeführt werden.

In der nächsten Sitzung werde es die angefragten Informationen zum inklusiven Gesundheitswesen und einen Bericht zur Humanitären Gynäkologischen Sprechstunde geben.

Vorsitzende Frau Beier stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 13 Mitteilungen

Es liegen keine nichtöffentlichen Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 14 Anfragen

Es liegen keine nichtöffentlichen Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 15 Anträge

Es liegen keine nichtöffentlichen Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 17 Bericht an die Presse aus nichtöffentlicher Sitzung

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Gez.

Gez.

Angelika Beier
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)